

**Anfrage Nr. 125**  
**der Fraktion der CDU/CSU**

**betr. Rückerstattungsgesetz Nr. 59 und V.O. Nr. 120.**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um offenkundige Härten des Militärregierungsgesetzes Nr. 59 zu beheben?

Ist eine Abänderung dieses Gesetzes, durch das in vielen Fällen auch gutgläubige Erwerber und solche Erwerber schwer getroffen werden, die einen angemessenen Kaufpreis gezahlt und aus der Notlage des Verfolgten keinen Nutzen gezogen haben, von der Bundesregierung vorgeschlagen worden?

Ist ein sonstiger Ausgleich zu Gunsten derartiger Erwerber etwa aus öffentlichen Mitteln ins Auge gefaßt worden?

Bonn, den 10. Oktober 1950

**Dr. von Brentano und Fraktion**